



Interviews

Datum: 15. September 2024

Katharina Hamberger im Gespräch mit Uli Grötsch, Polizeibeauftragter des Bundes beim Deutschen Bundestag

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Hamberger: Das Interview der Woche und dazu begrüßt Sie Katharina Hamberger. Mir gegenüber hier im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks sitzt Uli Grötsch, Polizeibeauftragter des Bundes beim Deutschen Bundestag, guten Tag, Herr Grötsch.

Grötsch: Guten Tag.

Hamberger: Herr Grötsch, Beauftragte des Bundes und der Bundesregierung gibt es zahlreiche. Ihr Amt ist relativ neu noch. Können Sie das in wenigen Sätzen mal beschreiben, was eigentlich Ihre Aufgabe ist?

Grötsch: Erst mal muss man sagen, ich bin kein Beauftragter der Bundesregierung, sondern ich bin ein Beauftragter des Bundestages. Davon gibt es nun beileibe nicht so viele. Beauftragte des Bundestages sind die Wehrbeauftragte und die SED-Opferbeauftragte und eben ich seit Mitte März. Ich bin dabei Bindeglied zwischen den Polizeibehörden des Bundes, also der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und der Polizei beim Deutschen Bundestag und dem Parlament. Das ist eine Scharnierfunktion auch, wenn man so möchte. Und darüber hinaus bin ich Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sich von den Polizeibehörden des Bundes unrechtmäßig behandelt oder diskriminiert fühlen und auch für Polizeibesetzte, die mich auf strukturelle Fehlentwicklungen, so heißt das im Gesetz, hinweisen möchten oder mit einem persönlichen Anliegen zu mir kommen.

Hamberger: Wenn Sie sagen, Sie sind eben Ansprechpartner auch für Bürger und Bürgerinnen, welche Art von Eingaben, Beschwerden erreichen Sie denn so?

Grötsch: Tatsächlich schon jetzt, ich glaube, man kann sagen das ganze Leben. Es hat ganz oft mit einem Transparenzbedürfnis mit Blick auf staatliches Handeln zu tun. Das heißt also, zum Beispiel die Bundespolizei trifft eine Maßnahme gegen Bürgerinnen und Bürger, die nicht unrechtmäßig ist, die auch nicht falsch ist oder überzogen, aber die Bürger*innen verstehen nicht, wieso ihnen jetzt diese Maßnahme widerfährt,

wenn man so möchte. Damit hat es zu tun, ja und es hat einfach auch mit Beobachtungen zu tun, die die Bürgerinnen und Bürger machen oder es geht auch um den Klassiker, der ganz oft mit uns in Verbindung gebracht wird, Racial Profiling, also dass jemand nur wegen seiner Hautfarbe, wegen seiner Ethnie von der Polizei kontrolliert wird oder sich zumindest so fühlt.

Hamberger: Wenn Sie sagen, Sie haben diese Eingaben, diese Beschwerden von Bürgern, auch Racial Profiling zum Beispiel, lässt sich daraus etwas schließen auf die Polizei, auf Ihre Strukturen? Es gibt ja oft den Vorwurf von strukturellem Rassismus in der Polizei, eben dass bestimmte Strukturen, Arbeitsweisen, rassistische Denkmuster auch befördern.

Grötsch: So weit sind wir nun nicht gediehen. Ich kann nach noch nicht mal einem halben Jahr so eine Frage nicht abschließend beantworten. Ich habe jetzt gerade meine Antrittsbesuche vor allem bei der Bundespolizei, aber auch beim Bundeskriminalamt absolviert, weil ich natürlich auch merke, es ist wichtig, dass einen die Leute, in dem Fall die Polizeibeschäftigten, kennen und genauso die Menschen, die sich in NGOs organisieren, dass die einen kennen und wissen, wie ich bin, wer ich bin, wie ich arbeite und all die Dinge, weil ich immer versuche, 50/50 zu sein. Auf der einen Seite Anwalt der Bürgerinnen und Bürger, aber ich verstehe mich auf der anderen Seite eben auch als Anwalt der Polizeibeschäftigten gegenüber dem Parlament.

Hamberger: Es gab jetzt gerade eine Studie der Polizeiakademie Niedersachsen, die sagt, dass es eben diese Strukturen gibt, die zu diskriminierendem Verhalten führen können. Das können anlasslose Kontrollen zum Beispiel sein, dass Polizisten und Polizistinnen sich dann unter anderem auf Stereotypen, auf ethnische Zuschreibungen stützen. Sehen Sie das dann, auch wenn Sie noch keine abschließende Bewertung jetzt über Strukturen haben, aber als Gefahr, dass sich eben solche Strukturen verfestigen innerhalb von Polizeibehörden?

Grötsch: Ja, diese Gefahr gibt es ganz bestimmt, aber der kann man auch ganz wirksam begegnen und das ist mir ein ganz wichtiger Punkt. Das wird eines meiner zentralen Themen während meiner Amtszeit als Polizeibeauftragter sein. Ich meine damit Supervision und politische Bildung. Schauen Sie, ein Beispiel vielleicht, da wo ich herkomme aus Bayern, da hat man als Polizeibeamter, zumindest hatte man das zu meiner Zeit, als ich Polizist war, einmal im Quartal Schießtraining, man hat zwei Mal im Monat Dienstsport und so weiter und so fort, aber man hat keine institutionalisierte Supervision, in der man über das Erlebte sprechen kann, also was einem begegnet, über solche Stereotypen auch mal, wie Sie es eben gesagt hatten, oder die

einem auch dabei hilft, Dinge einzuordnen. Unsere Gesellschaft hat sich rasant verändert, seit ich nicht mehr Polizist bin, ganz bestimmt nicht überall zum Positiven. Und sie verändert sich ja weiter in einer atemberaubenden Geschwindigkeit und diejenigen, die es als Erstes abbekommen, das sind die Beschäftigten bei den Polizeien des Bundes und der Länder.

Hamberger: Das eine sind ja eben solche Fragen, wie geht man um mit Stereotypen, mit Rassismen, die man vielleicht selber internalisiert hat, die man gar nicht mehr so bewusst wahrnimmt und darüber hinaus haben wir ja in der Vergangenheit immer wieder Fälle gehabt, auch von rechtsextremen Chat-Gruppen beispielsweise in der Polizei, das ist ja noch mal einen Schritt weiter. Sehen Sie da, dass sich da in der Polizei was verfestigt hat?

Grötsch: Ich glaube nicht, dass sich da was verfestigt hat. Das kann ich deshalb sagen, weil ich jetzt wie gesagt im letzten halben Jahr sehr, sehr intensiv bei den Polizeibehörden des Bundes unterwegs war, sehr, sehr viele Polizistinnen und Polizisten getroffen habe, Tarifbeschäftigte und mich mit denen auch in kleiner Runde ausgetauscht habe. Das ist mir ein ganz wichtiger Punkt, dass ich mich nicht nur mit der Führungsebene austausche, sondern eben auch mit denen, die auf der Straße, auf die Bürgerinnen und Bürger treffen. Und ich erlebe dort wahnsinnig viele hochmotivierte und auch hochsensible Polizeibeamtinnen und -Beamte auch gegenüber solchen Themen wie Rassismus, Chauvinismus, Sexismus und so weiter.

Hamberger: Schauen wir mal darauf, was Sie tun können. Sie haben gesagt, Supervision ist ganz wichtig, das ist ja, das kann man ja mal schön in den Raum stellen, aber haben Sie denn überhaupt eine Handhabe, so was dann durchzusetzen, so was anzuregen?

Grötsch: Na ja, also durchsetzen kann ich gar nichts. Ich bin keine Exekutivbehörde. Ich kann also keinen Bußgeldbescheid rausschicken, ich kann keine Zwangsmaßnahmen treffen, sondern mein gesetzlicher Auftrag sieht vor, dass ich möglichst eine Einigung erziele im Fall der Eingaben zwischen der Bürgerin und dem Bürger, die sich von den Polizeien unrechtmäßig behandelt fühlen womöglich und ich mache Berichte zu Themen ans Parlament. Die schicke ich nicht nur mit der Post, sondern die stelle ich natürlich auch bei den Fraktionen vor und begründe ich natürlich auch und ich behaupte mal, dass das Vertrauen des Parlaments in den Polizeibeauftragten so groß und so hoch ist, dass das schon auch einen Widerhall findet und ich tausche mich ja auch mit den Verantwortlichen bei den Polizeibehörden des Bundes aus.

Hamberger: Wie groß ist denn die Gefahr, dass es da auch Doppelstrukturen jetzt gibt? Also Sie beschäftigen sich mit Eingaben von Bürgern und Bürgerinnen. Es gibt zum Beispiel aber auch eine Vertrauensstelle beim Bundespolizeipräsidium, die sich ja um Ähnliches auch kümmert. Sie können auch Beschwerden nachgehen, Sie können – Ihre Befugnisse sind recht weitgehend. Sie können zum Beispiel Zeugen befragen, was ja auch bei internen Ermittlungen wahrscheinlich der Fall ist. Läuft da nicht was parallel, was man eigentlich auch zusammenführen könnte?

Grötsch: Wurde vor meiner Wahl tatsächlich so vermutet und auch kolportiert, ist aber ganz und gar nicht so. Also die Gefahr von Doppelstrukturen besteht nicht, weil ich mich einfach dadurch unterscheide, dass ich eine unabhängige Stelle außerhalb der behördlichen Strukturen bin, die man ohne Einhaltung des Dienstweges anrufen kann. Schauen Sie, wenn Sie sich von den Polizeibehörden des Bundes diskriminiert fühlen zum Beispiel, dann können Sie sich natürlich auch an die Polizeidienststelle wenden, von der Sie sich diskriminiert fühlen, aber bei mir ist das anders. Ich bin eine neutrale Stelle, eine unabhängige Stelle außerhalb der behördlichen Strukturen und mit Verlaub, das kommt auch entsprechend an bei den Bürgern.

Hamberger: Die Union sagt ja, sie möchte Ihren Posten abschaffen, bezeichnet Sie als Misstrauensbeauftragter. Und wenn Sie das jetzt so beschreiben, dass Sie eine neutrale Stelle sind, an die man sich wenden kann, ist dieser Vorwurf dann nicht auch ein Stück weit berechtigt, weil ja offenbar der Bundestag, der Ihre Stelle ja geschaffen hat, es den Polizeibehörden nicht zutraut, Fälle von Diskriminierung, von Rassismus, auch weitergehende Fälle selbst aufzuklären?

Grötsch: In Deutschland ist das noch nicht so verankert wie in anderen Ländern, auch der Europäischen Union. Es gibt noch neben mir sieben weitere Polizeibeauftragte in EU-Mitgliedstaaten. Das ist bei uns noch nicht so etabliert und noch nicht so verankert in anderen Ländern, aber wie gesagt, schon lange, dass es eine Stelle gibt, an die man sich wenden kann. Und es ist eigentlich das Gegenteil von dem, was da gesagt wurde, es ist sogar ein pauschaler Vertrauensbeweis, wenn man so möchte. Der Bundestag hat für die Polizeibesetzten eine unabhängige Stelle außerhalb der behördlichen Strukturen geschaffen, an die sie sich ohne Einhaltung des Dienstweges und bei absoluter Wahrung der Vertraulichkeit der Personalien wenden können. Also das ist ein Vertrauen gegenüber den Polizeibesetzten, das maximaler gar nicht sein und größer gar nicht sein könnte.

Hamberger: Sie haben vorhin die anderen Beauftragten des Bundestages auch noch aufgezählt. Dazu zählt die Wehrbeauftragte. Die ist ja im Grundgesetz auch mit

verankert. Würde es Ihnen mehr bringen, wenn Sie ebenfalls eine Verankerung im Grundgesetz hätten?

Grötsch: Nein, das macht für mich keinen Unterschied. Der Deutsche Bundestag hat mir mit dem Gesetz über den Polizeibeauftragten eine sehr, sehr hohe Unabhängigkeit gegeben. Das ist ein wichtiger Punkt. Das merke ich auch nach dem ersten halben Jahr meiner Tätigkeit. Es braucht im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit, eine verfassungsändernde Mehrheit, um mich abzuwählen. Und wie gesagt, also das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Verankerung in der Verfassung spielt für meine Arbeit keine Rolle.

Hamberger: Sie hören das Interview der Woche mit Uli Grötsch, dem Polizeibeauftragten des Bundes beim Deutschen Bundestag. Schauen wir jetzt noch mal auf diesen Teil Ihrer Aufgabe, dass Sie eben Ansprechstelle auch sind für Polizisten, für Polizistinnen, gerade eben für die Polizeibehörden des Bundes. Wir haben über die Bürger gesprochen, mit was sich die an Sie wenden. Mit was wenden sich Polizisten und Polizistinnen an Sie?

Grötsch: Das ist auch ganz vielfältig. Mein gesetzlicher Auftrag umfasst ja auch das Erkennen und Beheben von strukturellen Fehlentwicklungen bei den Polizeibehörden des Bundes. So heißt das im Gesetz. Und ich würde mal sagen, das fängt bei Themen auf der Metaebene an. Das sind Dinge wie Chauvinismus, Sexismus und solche Themen, auch Rassismus, Mobbing, solche Themen eben. Und geht hin bis zu ganz konkreten Anliegen, die die Beschäftigten bei den Polizeien auf ihren Dienststellen sehen. Das sind nicht immer Missstände. Das sind manchmal Themen, die zum Beispiel das Thema Liegenschaften betrifft. Die Bundespolizei ist mit ihren 55.000 Beschäftigten eine Riesenbehörde verteilt aufs ganze Land und erfährt in den letzten, bald zehn Jahren, kann man ja schon fast sagen, einen enormen personellen Aufwuchs, der natürlich auch viele Herausforderungen mit sich bringt. Und dem zu begegnen, das ist eine wahrhaft große Herausforderung. Oder wir beschäftigen uns zum Beispiel auch damit, wenn sich Polizeibeschäftigte an uns wenden, die der Generation Z angehören und die an ihren Arbeitgeber völlig andere Anforderungen hatten als ich als Generation X, das hatte, als ich damals eingestellt wurde.

Hamberger: Das heißt, da geht es um Arbeitszeiten, um Freizeit?

Grötsch: Ja genau, es geht um Work-Life-Balance. Oder wenn ich noch eine Anekdote erzählen darf, mir hat letztens mal ein Zugführer einer Einsatzhundertschaft erzählt, dass er zum Beispiel ganz viele wahnsinnig körperbewusste Beamte in seiner Einheit hat, die am Tag ein Kilo Quark essen, meinte der. Und das musst du erst mal

gekühlt bekommen bei einem geschlossenen Einsatz, hat der gesagt. Ich glaube, das ist ganz anschaulich dafür, auch mit einem Zwinkern natürlich, welche Herausforderungen dazu kommen und wie die Erwartungshaltung sich einfach verändert, dass heute, um in dem Bild zu bleiben, vielleicht die Packung Quark das ist, was früher Schokoriegel war.

Hamberger: Es gibt einen Punkt, den man bei Soldaten und Soldatinnen immer wieder hört, bei Rettungskräften, das ist mehr Wertschätzung für die eigene Arbeit vonseiten der Bevölkerung. Ist das auch ein Thema, das Sie von Polizisten und Polizistinnen hören?

Grötsch: Das Respekt-Thema, so nenne ich das für mich, ist eines der zentralen Themen, die mich in meiner Arbeit beschäftigen. Ich bin auch viel an Bahnhöfen unterwegs und höre eigentlich bei allen Besuchen an den Bahnhöfen so ziemlich das Gleiche, nämlich, dass die Zahl der Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamtinnen und -Beamte drastisch zunimmt, dass es immer öfter der Fall ist, dass die Täter dabei ein Messer in der Tasche haben, ich sage gar nicht anwenden, aber zumindest mitführen. Und auch das Thema der Beleidigungen, vor allem gegenüber Polizistinnen, übelste sexualisierte Beleidigungen, ist ein Riesenthema. Und ich glaube, und ich bespreche das auch mit den Polizeibeamtinnen, es macht einfach was mit einem, wenn man immer dann, wenn man zur Arbeit geht, mit einem körperlichen Angriff zu rechnen hat, immer dann, wenn man zur Arbeit geht, mit einer übelsten Beleidigung zu rechnen hat. Und da komme ich wieder aufs Thema Supervision vom Anfang unseres Gesprächs, dass man das hinbekommt, dass man sich in diesem Klima, in dieser Atmosphäre bewegen muss und dann trotzdem stabil bleibt. Und das ist eine große Herausforderung und dem muss der Dienstherr auch begegnen.

Hamberger: Wir haben es ja gerade jetzt auch nach dem Angriff in Mannheim vor allem, wo ein Polizist getötet worden ist, ganz oft gehört Respekt für die Polizei, für die Einsatzkräfte, die sich eben dann so einem Terroristen entgegenstellen. Aber das sind ja erst mal nur Worte, die wir hören aus der Politik. Haben Sie das Gefühl, da folgen auch Taten nach? Oder wo sehen Sie noch Handlungsbedarf? Also ich kann im Endeffekt nur für den Bund sprechen. In den Bundesländern ist das Bild ja ausgesprochen vielfältig, so möchte ich es mal sagen. Im Bund kann man auf alle Fälle sagen, dass für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und ich denke schon auch für die Polizei beim Deutschen Bundestag wirklich sehr, sehr viel getan wird, dass das bei der Bundesregierung genauso wie beim Bundestag ganz, ganz oben auf der Prioritätenliste steht. Der Nachweis dafür ist einfach, dass zum Beispiel auch die

Bundespolizei im Regierungsentwurf des Haushalts 312 Millionen Euro mehr bekommen soll als im Vorjahr.

Grötsch: Das ist nötig, das muss auch sein, aber Politik kommt hier schon ihrer Verantwortung nach. Aber wenn Sie das Thema Taten ansprechen, dass den Worten auch Taten folgen müssen, dann halte ich es für einen der wichtigsten Punkte, dass diejenigen, die Polizeibeamtinnen und -Beamte angreifen, dass diejenigen, die die Repräsentanten des Staates übelst beleidigen, auch dafür bestraft werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass es also bei Anzeigen wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte oder bei Beleidigungsanzeigen durch Polizeibeamtinnen einfach auch zur Verurteilung kommt, dass es zu einer Strafe kommt.

Hamberger: Braucht es da auch Strafverschärfungen?

Grötsch: Ich glaube gar nicht, dass es eine Frage der Strafverschärfungen oder der Strafandrohung ist. Die sind ohnehin hoch. Das hat der Deutsche Bundestag schon mal verschärft und auch angehoben. Es ist das Entscheidende, dass es zu einer Verurteilung kommt, dass also diejenigen, die angreifen oder beleidigen, nicht ungeschoren davonkommen. Das ist wirklich, ich sage das nochmal, ein ganz, ganz entscheidender Punkt.

Hamberger: Wenn wir auf dieses Thema Wertschätzung kommen, würde ich noch mal vielleicht auf den Anfang des Gesprächs auch zurückblicken. Dann haben wir eben über die Frage gesprochen, wie ist es mit möglichem strukturellem Rassismus in der Polizei? Wie ist es mit rechtsextremistischen Fällen in der Polizei? Wenn Sie sowas ansprechen, wird das in den Polizeibehörden aufgenommen oder wird es eher als Angriff wahrgenommen?

Grötsch: Nein, es wird aufgenommen und zwar von allen. Und das halte ich für eine ganz wichtige Sache und ich bin auch froh darüber, dass das so ist. Wie gesagt, wenn ich eine Dienststelle besuche, dann unterhalte ich mich auch mit Mitarbeitenden aus dem mittleren und gehobenen Dienst im geschützten Raum, ohne dass Führungskräfte dabei sind und ich erlebe dort ein sehr hohes Bewusstsein in diese Richtung. Also es treibt die Polizeibeamt*innen auch um, dass ihnen Racial Profiling, struktureller Rassismus und all diese Dinge unterstellt werden. Und ich würde sogar sagen, es trifft sie manchmal in Mark und Bein, wenn ihnen das so unterstellt wird. Und zu mir haben auch schon mehrere unabhängig voneinander gesagt, sie kämpfen auch dafür, dass dieses Bild einfach nicht entsteht, weil es ihnen einfach wichtig

ist auch zu sagen, dass sie alle für eine vielfältige Gesellschaft, für eine bunte Gesellschaft stehen und einfach die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen wollen gegen ihre Feinde und sonst nichts.

Hamberger: Aber „unterstellt“ würde ja implizieren, dass es gar nicht zutrifft und es gibt ja diese Fälle.

Grötsch: Ja, die gibt es ganz gewiss und diese Fälle müssen auch drastisch geahndet werden. Rassisten haben bei Polizeibehörden genauso wenig zu suchen wie irgendwo anders in der Gesellschaft, das ist ganz klar. Aber ich verwehre mich schon gegen Pauschalisierungen, weil man damit einfach auch, ich sage mal, zigtausende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte trifft und zu Unrecht beschuldigt, die hier jeden Tag mit ihrer Gesundheit und nötigenfalls mit ihrem Leben dafür stehen, dass wir alle friedlich und in Freiheit leben können.

Hamberger: Ich würde gerne mit Ihnen auf die aktuelle Debatte schauen. Vorweggeschickt, Sie waren, bevor Sie Polizeibeauftragter waren, als Sozialdemokrat im Bundestag. Jetzt ist es so, dass die sozialdemokratische Innenministerin gerade angeordnet hat, dass es ab Montag Grenzkontrollen geben wird, nicht nur an den bisherigen Grenzen im Süden und Osten, sondern auch an den Grenzen im Westen. Da haben wir bereits von Gewerkschaftsseite auch gehört, dass das für die Bundespolizei einen hohen Aufwand bedeutet. Erreichen Sie da auch schon Beschwerden von Polizeiseite?

Grötsch: Die Gewerkschaft der Polizei, finde ich, hat das in den letzten Tagen sehr deutlich gesagt und dem schließe ich mich auch gerne an. Die Bundespolizei ist schon seit 2015 damit beschäftigt und befasst, die deutschen Außengrenzen zu kontrollieren, namentlich die Grenze zu Österreich in erster Linie. Und das ist tatsächlich eine sehr, sehr große Herausforderung für die Bundespolizei, weil sie einfach schon lange keine Grenzpolizei mehr ist. Und jetzt diese Aufgabe noch zusätzlich zu übernehmen, neben den Belastungen, ich habe es eben gesagt, an den Bahnhöfen, in einer Zeit, in der auch an den Flughäfen Mitte November das Entry/Exit-System eingeführt wird, also die biometrische Erfassung der Einreisenden aus Drittstaaten, was für die Bundespolizei zum Beispiel auch eine große Herausforderung ist, dass das noch dazukommt nach der EM, nach Olympia, das ist tatsächlich eine große Herausforderung und ich werde das auch sehr eng begleiten. Ich reise viel in den Polizeibehörden im ganzen Land und werde auch an den Kontrollstellen sein und mir dort auch sehr genau ansehen, wie die Bundespolizei dort infrastrukturell aufgestellt ist. Der Winter kommt ganz bestimmt und dann, finde ich, hat der Dienstherr, hat auch die

Spitze der Bundespolizei die Pflicht, dafür zu sorgen, dass dort an den Kontrollstellen, die einfach auf Autobahnparkplätzen stattfinden, dass die dort eingesetzten Kräfte auch entsprechend ausgerüstet sind.

Hamberger: Aber es ist ja nicht nur eine infrastrukturelle Herausforderung, sondern es ist ja vor allem auch eine personelle Herausforderung.

Grötsch: Ja.

Hamberger: Also reichen denn die Bundespolizisten und -Polizistinnen? Sie haben vorher den aufwachsenden Etat auch für die Bundespolizei erwähnt. Reicht das denn aus, um tatsächlich das alles so auszuführen, wie es sein soll?

Grötsch: 1.000 zusätzliche Stellen wieder für die Bundespolizei, die landen ja aber nicht sofort an den Kontrollstellen, sondern dieser Aufwuchs, der passiert, wenn auch seit Jahren, ja nach und nach. Und diesen Aufwuchs braucht die Bundespolizei auch ganz dringend an den Flughäfen, an den Bahnhöfen und für alle anderen Aufgaben. Ich kenne die Planungen tatsächlich noch nicht, wie das bewerkstelligt werden soll, dass neben den, wenn ich es richtig im Kopf habe, 2.400 Kilometern, die jetzt schon kontrolliert werden, deutsche Außengrenze, Binnengrenze, weitere ich glaube 1.200 Kilometer dazukommen. Das ist eine Riesenaufgabe. Und, ja, ich vertraue der Spitze der Bundespolizei und dem Bundesinnenministerium, dass die einen guten Plan machen, aber diesen Plan, den werden wir natürlich sehr genau prüfen.

Hamberger: Wenn wir da schon bei Plan sind, die Ampel hat ja als Gegenmodell zu den von der Union geforderten Zurückweisungen an der Grenze von Asylsuchenden vorgeschlagen, dass man vereinfachte, schnellere Dublin-Verfahren macht in Grenznähe und dann eben von dort die Menschen, die in einem anderen Land ihren Asylantrag stellen müssten, auch direkt dort wieder in dieses EU-Land abschiebt. Und das vor allem mit Hilfe der Bundespolizei. Nicht nur mit Hilfe, sondern die Bundespolizei soll das auch dann durchführen, diese Abschiebungen. Das wäre eine Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei. Das wären mehr Aufgaben für die Bundespolizei, das hieße wahrscheinlich auch mehr Personal, das da eingesetzt werden muss. Haben Sie das Gefühl, das ist da mitgedacht worden?

Grötsch: Ja, davon darf ich mal ausgehen, dass das mitgedacht wurde. Ich habe es nicht zu bewerten, diese Pläne. Ich bin kein Bundestagsabgeordneter mehr. Ich bin der Polizeibeauftragte des Bundes. Aber natürlich ist es gut, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die illegale Migration nach Deutschland eindämmen kann, wie man die Zahlen senken kann, die Zahlen derer, die illegal nach Deutschland einreisen. Die Bundespolizei leistet schon wahnsinnig viel beim Thema Rückführung. Und

ich denke an die Personenbegleiter*innen Luft, an diejenigen also, die die Abschiebungen durchführen. Wir reden nämlich in diesem Land oft und viel und auch zu Recht über die Thematik der Rückführungen. Wir reden aber für meinen Geschmack viel zu wenig über diejenigen, die die Rückführungen durchführen. Eben die Personenbegleiter*innen Luft, die also mit den Personen, die zurückgeführt werden, mitfliegen in das Land, die dorthin begleiten und sichern. Also die Bundespolizei leistet schon viel beim Thema Rückführungen. Wenn sie noch zusätzliche Aufgaben übernehmen soll, ist das eine Frage der politischen Debatte, die im Bundestag geführt wird.

Hamberger: Aber Sie haben das Gefühl, man ist darauf vorbereitet oder glauben Sie, da braucht es doch noch mal ein bisschen Anschub von der Polizei und von Ihnen?

Grötsch: Sehen Sie, ich bin in einem Ort aufgewachsen, der von Behörden, von Grenzsicherungsbehörden wahnsinnig geprägt ist. Ich kenne die Bundespolizei...

Hamberger: Sie kommen aus der Oberpfalz..

Grötsch: Ja, genau, aus Waidhaus in der Oberpfalz. Und ich kenne die Bundespolizei, damals den BGS, seit meiner Kindheit. Und ich habe diese Behörde immer so erlebt, dass sie immer vorbereitet ist. Und wenn etwas ganz Plötzliches passiert, dann hat diese Behörde auch ein Wahnsinnstalent dafür, zu improvisieren und das trotzdem hinzubekommen. Aber wie gesagt, das sind Themen, die uns jetzt über Jahre beschäftigen werden. Also auch die Thematik der Rückführungen ist ja keine, die sich zu Weihnachten wieder auflöst. Und deshalb geht es natürlich darum, dass man gefestigte Strukturen schafft, die personell, infrastrukturell und auch hinsichtlich der Sachmittelausstattung für die Zukunft tragen.

Hamberger: Wenn wir jetzt mal schauen auf das Bundespolizeigesetz, das gerade im Bundestag diskutiert wird, ist in der ersten Lesung eingebracht worden, hängt da immer noch in den Ausschüssen fest. Da gibt es ja auch einige, die sich mehr Befugnisse für die Bundespolizei wünschen, dass sie zum Beispiel, wenn es um Bahnhöfe geht, da deutlich mehr Möglichkeiten auch hat, dort präsent zu sein. Das hieße ja nicht nur eben an den Grenzen braucht es mehr Bundespolizisten, es bräuchte ja dann möglicherweise auch an solchen Plätzen eben wie Bahnhöfen mehr Bundespolizisten, mehr Bundespolizistinnen. Glauben Sie, das geht alles auf?

Grötsch: Ja, diese mehr Polizistinnen braucht es an den Bahnhöfen und die braucht es auch an den Flughäfen zum Beispiel, weil auch der Flugverkehr immer weiter zunimmt.

Hamberger: Aber wo sollen die herkommen?

Grötsch: Die Bundespolizei wächst seit 2016 Jahr für Jahr massiv im vierstelligen Bereich auf und auch das ist eine Herausforderung für die Bundespolizei, die zusätzlichen Stellen, die neuen Beamtinnen ausgebildet zu bekommen, untergebracht zu bekommen, ausgestattet, ausgerüstet, trainiert zu bekommen. Aber Sie haben das eben gesagt, die braucht es auch, weil die Aufgaben überall wachsen. Da können wir nochmal über das Respektthema sprechen. Du gehst heute an Hauptbahnhöfen, an vielen Orten in Deutschland nicht mehr zur Zweitstreife, weil es inzwischen viel zu gefährlich geworden ist. Deshalb gehen da oftmals die sogenannten „Quattro-Streifen“, also Viererstreifen, an denen mehrere Behörden, auch zum Beispiel die DB-Sicherheit, beteiligt sind.

Hamberger: Zum Bundespolizeigesetz würde ich gerne noch eine Frage stellen und zwar geht es nicht nur um Befugnisse der Polizei, es geht auch um mehr Transparenz. Da drin steht unter anderem, dass Polizisten und Polizistinnen auf Verlangen, Quittungen über den Kontrollgrund ausgeben müssen. Da wären wir schon wieder beim Thema Racial Profiling. Und es ist auch eine Kennzeichnungspflicht vorgesehen. Gerade die Union kritisiert das ja auch als Misstrauen gegenüber der Polizei und eben auch bürokratischen Mehraufwand für die Polizei. Wie wird das denn dort aufgenommen, solche Pläne?

Grötsch: Vielleicht zur Kennzeichnungspflicht. Das ist eine Urdebatte bei den Polizeien, kann man ja so sagen. Und es gibt ja schon in vielen Bundesländern schon lange eine Kennzeichnungspflicht. Und überall dort, wo es eine gibt, hat niemand ein Problem damit. Und ich glaube, dass das auch bei der Bundespolizei der Fall wäre. Sie hatten das Thema Kontrollquittungen angesprochen. Dazu vielleicht zwei Punkte. Für mich ist ganz klar, dass die Thematik der Kontrollquittungen so umgesetzt werden muss, dass das Ausstellen der Quittung einen minimalen organisatorischen Mehraufwand mit sich bringt. Aber die Kontrollquittungen machen schon Sinn im Jahr 2024 und darüber hinaus, weil einfach auch der Anspruch an behördliches Handeln, an Transparenz im staatlichen Handeln, also auch bei den Polizeien, ungleich höher ist, als das in der Vergangenheit der Fall war. Und wenn das so geregelt wird im neuen Bundespolizeigesetz, dann glaube ich, dass der Gesetzgeber dieser Entwicklung einfach auch Rechnung trägt.

Hamberger: Und sehen das die Polizistinnen und Polizisten auch so?

Grötsch: Ich habe bisher noch keinen getroffen, der mit der Kennzeichnungspflicht ein ernsthaftes Problem hätte.

Hamberger: Und den Kontrollquittungen?

Grötsch: Bei den Kontrollquittungen geht es eben um diese Frage, wie das umgesetzt werden soll und darum, dass es auf eine Art und Weise umgesetzt werden muss. Und im Zeitalter der Digitalisierung kann man das auch gut hinbekommen, dass sich der Mehraufwand in argen Grenzen hält.

Hamberger: Herr Grötsch, ich danke Ihnen für das Interview.

Grötsch: Sehr gern.

Hamberger: Schönen Tag.